

GÖTTINGEN



Kabarett im Apex
Comedian Martin Zingsheim hat die Vorpremiere seines neuen Programms präsentiert. **Seite 12**



A7-Zufahrt für eine Woche gesperrt

Sanierungsmaßnahme am Autobahndreieck Drammetal

Göttingen. Die Zufahrt von der A38 auf die A7 in Richtung Hannover ist ab Mittwoch, 20. September, 7 Uhr, für eine Woche gesperrt. Grund sind zurzeit laufende Sanierungsarbeiten am offenporigen Asphalt auf diesem Teilstück der Autobahn.

Der Verkehr von der A38 auf die A7 in Richtung Nord wird ab Friedland über die Bundesstraße 27 durch die Stadt zur Anschlussstelle Göttingen geführt. So die offizielle Umleitungsstrecke der Verkehrsbehörde. Matthias Rink, Leiter der Autobahnpolizei Göttingen, fürchtet allerdings, dass diese Strecke zu Stoßzeiten überlastet sein dürfte. Erfahrungsgemäß würden Ortskundige dann auf Nebenstrecken im Stadtgebiet ausweichen, die ebenfalls überlastet würden.

Empfehlung: vom Autobahndreieck auf die A7 in Richtung Süden fahren

Die Empfehlung der Polizei besonders für den Schwer- und Fernverkehr ist daher, vom Autobahndreieck auf die A7 in Richtung Süden zu fahren und an der Anschlussstelle Hedemünden zu wenden. Alternativ können Verkehrsteilnehmer auch direkt ab Friedland die Umleitung über die B27 und B80 bis Hedemünden nutzen, um dort auf die Autobahn aufzufahren. Auf der Strecke sei ein Stau am Unwahrscheinlichsten, so Rink.

Im Anschluss an die Arbeiten am Dreieck Drammetal werden Ab- und Auffahrt der Tank- und Rastanlage Göttingen Ost von Mittwoch, 27. September, 7 Uhr, bis Freitag, 29. September, 12 Uhr, gesperrt, teilte die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau am Dienstag außerdem mit.

Sollten witterungsbedingte Verschiebungen eintreten, wird die Verkehrsbehörde kurzfristig informieren. **ms**

Versuchter Einbruch in Familienhaus

Göttingen. Am helllichten Tag hat ein Unbekannter am Montag mit einem Gegenstand eine Fensterscheibe eines Einfamilienhauses in der Göttinger Merkelstraße eingeworfen. Ein Zeuge beobachtete das Geschehen vom Nachbargrundstück und sprach den Mann an.

Nach eigenen Schilderungen war der Nachbar mit Arbeiten auf seinem Grundstück beschäftigt, als er auf die fremde Person aufmerksam wurde. Angesprochen ergriff dieser sofort zu Fuß die Flucht.

Der Geflüchtete soll nach Beschreibung des Augenzeugen etwa 1,80 Meter groß und schlank gewesen sein und einen dunklen Teint gehabt haben. Er war nach Angaben des Zeugen mit einem dunkelgrünen Kapuzenpulli bekleidet. Weiteres ist nicht bekannt. Sachdienliche Hinweise nimmt die Polizei Göttingen unter Telefon 0551/4912115 entgegen. **ms**

STADTGESPRÄCH



Südliche Innenstadt: Der Ausbau der Nikolaistraße und Düsteren Straße in Göttingen erfolgt ab dem Frühjahr 2018 und soll rund 2,2 Millionen Euro kosten. Die Sanierung der Turmstraße erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt.

IN KÜRZE

Einbruch in Restaurant

Göttingen. Aus einem Restaurant in der Göttinger Innenstadt haben Unbekannte in der Nacht zu Montag Bargeld in noch unbekannter Höhe gestohlen. Nach Angaben der Polizei brachen die Täter in der Roten Straße eine Tür auf und durchsuchten das Lokal. Sachdienliche Hinweise nimmt die Polizei Göttingen unter Telefon 0551/4912115 entgegen. **ms**



20 Preise für die schönsten Leser-Urlaubsfotos des Jahres

20 Tageblatt- und Blick-Leser haben am Dienstag im Real-Markt im „Kauf Park“ Preise für ihre eingesandten Urlaubsfotos überreicht bekommen. Der erste Preis ging an Insa Schumacher (rechts) aus Göttingen für ihr Foto aus Südtirol.

Sie erhielt dafür einen 55-Zoll-Fernseher, wie fast alle Preise gestiftet von Evgenia Gatsioudi (links) vom Real-Markt. Dort waren die 20 meistgewählten Bilder zuletzt in einer Großformat-Ausstellung zu sehen. Alle Gewinner sowie eine Galerie

der 20 prämierten Fotos gibt es online auf gturl.de/urlaubsfotogewinner. Die komplette Übersicht aller 206 zum Wettbewerb eingereichten Fotos ist weiterhin unter gturl.de/urlaubsfotos zu finden. **MR / FOTO: RIESE**

Kulturausschuss für Ritterplan

Gegen die Stimmen der SPD: Fachausschuss folgt Verwaltungsvorschlag zum Museumsstandort / SPD bringt „Kulturviereck“ ins Spiel

Von Michael Brakemeier

Göttingen. Gegen die Stimmen der SPD hat sich der Kulturausschuss des Rates am Dienstag für den Museumsstandort am Ritterplan ausgesprochen. Er folgte damit dem Vorschlag der Verwaltung. Einzig die SPD stimmte dagegen. Die Entwicklung eines modernen städtischen Museums hält sie dort für nicht möglich.

Der Vorschlag der Verwaltung sieht vor, das Gebäudeensemble aus Posthalterei, Remise und Hardenberger Hof wie bisher als Städtisches Museum zu nutzen. Gleichzeitig sollen künftig aber auch Teile der Kulturverwaltung dort einziehen.

Nach Angaben der Verwaltung beläuft sich der weitere Investitionsbedarf für die Sanierung der Gebäude auf zwölf Millionen Euro. 3,8 Millionen hat die Sanierung des Gebäudekomplexes bislang gekostet.

Hinzu kommen später rund 1,6 Millionen Euro für die Einrichtung der künftigen Dauerausstellung auf 800 Quadratmetern Fläche. Zuletzt hatte die Verwaltung verschiedene alternative Standorte für das Städtische Museum (Altes Rathaus, Stockleffmühle, ehemalige JVA, Voigtshule) ebenso geprüft wie eine alternative Nutzung der Gebäude am Ritterplan, etwa als Seminargebäude für die Volkshochschule. Ergebnis: Der jetzige Museumsstandort soll bleiben.

Forderung nach Museum mit mehr Funktionalität

„Wir streiten für ein städtisches Museum, in dem als Gedächtnis unserer Stadt ihre Geschichte zeitgemäß präsentiert wird. Deshalb verweigern wir – gegen jeden Populismus – der Vorlage zum Städtischen Museum unsere Zustimmung“, sagten der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Christoph

Lehmann und SPD-Fraktionschef Tom Wedrins am Montag vor der Sitzung ein Museum mit mehr Funktionalität, das „modernen Ansprüchen“ genüge. Er schlug vor, mit einem Museumsstandort im Bereich Stockleffmühle und ehemaliger JVA am Waageplatz ein „Kulturviereck“ mit dem Kunstquartier und dem Forum Wissen zu entwickeln. Anders als die baupolitische Sprecherin der SPD, Sylvia Binkenstein, vermied Wedrins die Erwähnung eines Neubaus. Stattdessen warf er der Verwaltung vor, die Stockleffmühle als Standort eines Museums nicht „ernsthaft geprüft“ zu haben. Wedrins kritisierte zudem die hohen Kosten von zusammen 18 Millionen Euro für ein Museum am Ritterplan, das nicht den heutigen Anforderungen genüge.

Rolf Becker, Fraktionsvorsitzender der Grünen, kontierte, dass die Sanierungskosten für das

„Wir streiten für ein städtisches Museum, in dem als Gedächtnis unserer Stadt ihre Geschichte zeitgemäß präsentiert wird.“

Christoph Lehmann,
SPD-Stadtverbandsvorsitzender

denkmalgeschützte Gebäudeensemble am Ritterplan von bislang knapp 16 Millionen ohnehin für die Stadt anfallen würden. Kosten für einen Museumsneubau würden dann zusätzlich auf die Stadt zukommen. Wibke Güntzler (CDU) pflichtete dem bei. Zudem würden sich auch viele Bürger für den Standort Ritterplan aussprechen. Bereits im Frühjahr hatte die CDU von den anderen Ratsparteien per Antrag ein Bekenntnis zu einem „Museumskomplex am Ritterplan“ gefordert. CDU, Grüne, FDP, Linke und Piraten sowie die Bauverwaltung sprachen sich bereits damals für den Standort aus.

Am Donnerstag, 21. September, steht das Thema auf der Tagesordnung des Bauausschusses. Die Sitzung beginnt um 16 Uhr in Raum 118 des Neuen Rathauses, Hiroshimaplatz 1-4. Abschließend entscheidet der Verwaltungsausschuss.

Güntzler: Kein Eingriff in UMG-Organstruktur

CDU-Kandidaten besuchen Klinikum / „Nebengeräusche aus Hannover“

Von Britta Bielefeld

Göttingen. Den Masterplan 2.0 der Universitätsmedizin Göttingen nennt der CDU-Bundestagsabgeordnete Fritz Güntzler „ausgeklügelt“. Die CDU-Fraktion im Landtag hatte am Montag in einer Pressemitteilung die Pläne für den Neubau als „Stückwerk“ bezeichnet. Noch immer fehle nach Ansicht der CDU-Fraktion „ein Vorschlag für eine zentrale Koordinierung der geplanten UMG-Großbauvorhaben“.

CDU-Bundestagskandidat Güntzler und die Landtagskandidaten Ludwig Theuvsen und Harm Adam informierten sich am Dienstag beim Vorstand der UMG über den Masterplan. Güntzler sprach von „Nebengeräuschen“ und davon, dass man in 100 Kilometern Entfernung von Göttingen – also in Hannover – nicht immer „so wahrgenommen“ werde und dass es in der UMG anders zugehe als an der MHH Hannover. Die „Nebengeräusche“ hat CDU-Mi-



Theuvsen, Vorstand Martin Siess, Güntzler, Kroemer, Freytag und Adam (v.l.) am neuen Herzzentrum. **FOTO: RICHTER**

nisterpräsidentenkandidat Bernd Althusmann produziert, als er eine künftige Teilung der Zuständigkeit der Ministerien vorschlug. Demnach sollten Forschung und Lehre weiter im Wissenschaftsministerium bleiben, die Klinikplanung wie alle anderen Krankenhäuser beim Sozialministerium landen. Ein Vorschlag, der von der SPD-Landtagsabgeordneten Gabi

Andretta scharf kritisiert wurde. Forschung, Lehre und Krankenversorgung sind an der UMG vereinigt.

Güntzler erklärte, er habe lange Gespräche mit Althusmann geführt, man stehe zum Modell der Stiftungsuniversität und zur künftigen UMG-eigenen Bauherrengesellschaft. „Das war so nicht gemeint“, sagt Güntzler. „In die Or-



ganisationsstruktur der UMG soll nicht eingegriffen werden.“ Er attestierte Andretta zudem einen engagierten Einsatz für die UMG.

Auch Heyo Kroemer, Sprecher des UMG-Vorstands, sagte: „Mit UMG-Governance sind wir sehr zufrieden, wir sehen keinen Veränderungsbedarf.“ Die Abläufe im Baubereich allerdings seien verbesserungswürdig. „Wenn wir erfolgreich bleiben wollen, können die nicht so bleiben“, so der UMG-Vorstand. Ein Beispiel: Den Baubedarfsantrag für das Bettenhaus, das demnächst gebaut werden soll, habe man bereits 2013 gestellt. Bis zum Zuwendungsbescheid seien vier Jahre vergangen. „Wir müssen in den Planungs- und Entscheidungsprozessen schneller werden.“ Deshalb, so Finanz-

vorstand Sebastian Freytag, wolle man eine Bau-GmbH als UMG-Tochterfirma ausgliedern, die von einem Profi geführt wird. Dort müsse die Entscheidungskompetenz angesiedelt sein – mit einem starken Aufsichtsrat. Darin sollen dann Fachleute aus Hannover und den Ministerien sitzen. Die GmbH sei ein Hybrid, zur Hälfte mit Staatsdienern und zur anderen Hälfte von den Bauträgern gebildet. Als Beispiel nannte er Münster, wo es solch ein Konstrukt bereits gibt.

In Hinblick darauf, dass das Bettenhaus demnächst gebaut werden kann, es aber keine Entscheidung für den direkt angrenzenden OP-Neubau gebe, forderte Kroemer „etwas Risikobereitschaft“, um den OP-Neubau als vorgezogene Maßnahme zu genehmigen. Das zweifache Einrichten einer Baustelle koste zusätzlich Geld. Kroemer: „Wir haben vorgelegt, wenn Sie einen Konsens in der Politik finden, wäre das für uns entscheidend.“